

Behauptungen und Gegenargumente

Diese Kolumne möchte ich nutzen, Gegenargumente zu fünf Behauptungen zu benennen.

Behauptung 1: „Das Land spare auf Kosten der Kommunen.“

Diese These war bei der alten Regierung richtiger als bei der neuen grün-roten Landesregierung. Im sogenannten kommunalen Finanzausgleich hat das Land in diesem Haushaltsjahr nicht 405, sondern nur noch 365 Millionen einbehalten und damit den Kommunen 40 Millionen Euro mehr Geld gegeben. Finanzminister Dr. Nils Schmid hat mit den Kommunen ausgehandelt, dass dieser Betrag auf 340 und dann auf 315 Millionen Euro weiter reduziert wird. Auch bei anderen Themen stellt sich das Land seiner Verantwortung für die Kommunen und den ländlichen Raum: Die wichtige Schulsozialarbeit wird im aktuellen Haushaltsjahr mit 15 Millionen Euro und im nächsten Jahr mit 25 Millionen Euro unterstützt. Das Land unterstützt Kommunen und Kreise mit zusätzlich 20 Millionen Euro für die Schülerbeförderung – der ersten Erhöhung

seit 1997. Für das vom Bund beschlossene Angebot an Betreuungsplätzen für Kleinkinder hat das Land die Mittel für die Kommunen durch die Grunderwerbsteuererhöhung verdreifacht.

Behauptung 2:
„Die alte Regierung hätte keine neuen Schulden gemacht im Haushalt 2013/2014.“

Dies lässt sich natürlich nicht beweisen. Belegen lässt sich aber, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung eine Finanzierungslücke von 2,5 Milliarden Euro pro Jahr offen war. Die neue Landesregierung will diese Lücke jetzt auf rund 1,5 Milliarden Euro drücken. Mir ist nur ein zusätzlicher Sparvorschlag der Opposition bekannt: die Wiedereinführung der

Studiengebühren. Die Sozialdemokratie kämpft seit 149 Jahren für einen freien Zugang zu Wissen und Bildung. Ich werde einer Wiedereinführung der Studiengebühren im Landtag nicht zustimmen.



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

Behauptung 3:
„Die neue Regierung spare zulasten der Unterrichtsversorgung mehr Lehrerstellen ein.“

Richtig ist, dass angesichts zurückgehender Schülerzahlen auch die neue Landesregierung Lehrstellen streichen wird. Richtig ist auch, dass die neue Regierung im Gegensatz zur Planung der alten Regierung bis zum Haushaltsjahr 2013 rund 3000 Lehrstellen mehr wiederbesetzt hat.

Behauptung 4: „Die neue Landesregierung spare den Forst kaputt.“ Im Be-

reich der Forstwirtschaft wurden von der alten Landesregierung bis zu 40 Prozent Personal abgebaut. Das noch von der Regierung Mappus angeschobene sogenannte 1480er-Programm sah einen weiteren Personalabbau von 9,5 Prozent bis 2016 vor. Die neue Landesregierung hat dieses Einsparziel von 2016 auf 2020 gestreckt.

Behauptung 5: „Die neue Landesregierung würde manchen Kommunen ihre Notariate wegnehmen.“

Unter der alten Landesregierung wurde der baden-württembergische Sonderweg von mit Beamten besetzten Notariaten geändert. Baden-Württemberg hat der Änderung der entsprechenden Bundesgesetze 2009 zugestimmt. Das ursprünglich durch das Grundgesetz verbrieft Recht wurde dadurch aufgegeben. Derzeit befindet sich die noch von der alten Regierung auf den Weg gebrachte Liste der Notariatsstandorte in der abschließenden Bewertung.